Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M., für auswärts 0,40 R.-M. Die Reklamezeile im Anschluß an redaktionellen Text, 79 mm breit, kostet 2 R.-M., für auswärts 2,50 R.-M. — Die Preisgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0,30 R.-M. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten ins Haus monatlich 2,25 R.-M. Postbezug für Monat Februar 2,25 R.-M., für die Tschecho-Slowakei monatlich 6 Kr. 15. Kreuzbandsendungen: Inland wöchentlich 1,50 R.-M., Ausland 1,25 R.-M. Einzelnummer 10 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstr. 4 • Fernruf: für den Ortsverkehr Sammelnummer 24601, für den Fernverkehr 14194, 20021, 27981—27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Postscheck: Dresden 2060

Unverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung od. Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 33 — Freitag, 8. Februar 1929 — XXXVII. Jahrg.

Das Kabinett bleibt im Amt

Allgemeine Empörung über die Haltung des Zentrums — Immer größere Ausdehnung der Unruhen in Indien
Diskonterhöhung in England

Man versucht weiterzuarbeiten

× Berlin, 7. Februar

Das Reichskabinett wird voraussichtlich heute vormittag zusammentreten, um die durch den Rücktritt des Reichsverkehrsministers v. Guérard geschaffene Lage zu beraten. Außerdem wird dann der Reichskanzler dem Reichspräsidenten, wie üblich, Bericht erstatten. In unterrichteten politischen Kreisen, die den Regierungsparteien nahestehen, beurteilt man die Situation dahin, daß der Rücktritt des Ministers v. Guérard keine Krise des Gesamtkabinetts hervorruft, sondern das Kabinett weiter im Amte bleibt.

•

Die Haltung der Bayrischen Volkspartei

VDZ. Berlin, 7. Februar

Entgegen den Gerüchten, daß nun auch der Reichspostminister Dr. Schätzel, der der Bayrischen Volkspartei angehört, zurücktreten wird, erfahren wir, daß zu einem solchen Schritt zunächst keine Veranlassung vorliege. Die Bayrische Volkspartei sei an den preußischen Koalitionsfragen, die den eigentlichen Konfliktstoff bei der jetzigen Krise bilden, uninteressiert und an den sachlichen Voraussetzungen, die für die Beteiligung Dr. Schätzels an der Regierung bestimmend waren, habe sich bisher nichts geändert.

•

Was tut die Sozialdemokratie?

VDZ. Berlin, 7. Februar. (Eig. Drahtbericht)

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt am Mittwoch abend eine Sitzung ab, in der man sich mit der durch den Rücktritt des Ministers v. Guérard geschaffenen politischen Lage beschäftigte. In der Fraktion besteht Einmütigkeit darüber, daß aus dem Rücktritt des Ministers v. Guérard für das Kabinett keine Konsequenzen entstehen und daß der Reichskanzler und die übrigen Mitglieder des Kabinetts im Amte bleiben.

Die Verhandlungen über die Umbildung des preußischen Kabinetts durch Einziehung der Deutschen Volkspartei werden, wie die „Voss. Ztg." erklärt, durch den Rücktritt Guérards nicht gestört. Heute soll eine gemeinsame Besprechung der preußischen Koalitionsparteien mit der Deutschen Volkspartei stattfinden.

„Ich bin's nicht gewesen"

Hinter den Kulissen der Krise — Der Gegensatz zwischen Stresemann und Kaas

B. Berlin, 7. Februar. (Eigener Drahtbericht)

Wie stets nach einem parlamentarischen Debäcle geht man sich in Parteikreisen hin, preßt die Hände auf die Brust und schwört: „Ich bin's nicht gewesen!" Das Geschäft wird denn auch umschweifig, wortreich und mit treuherzigen Gebärden von der „Germania", dem Spitzenorgan des Zentrums, besorgt. Die Deutsche Volkspartei hätte Schuld, erklärt unter der Patronanz des Prälaten Kaas das Blatt, das Zentrum könne seine Hände in Unschuld waschen. Das geht sogar dem „Sozialdemokratischen Pressedienst", der gewiß keiner einseitigen Vorliebe für die Deutsche Volkspartei gezihen werden darf, über die Hutschnur. Dort wird ruhig und nüchtern auseinandergesetzt, **daß im November unter stiller Zustimmung des Zentrums zwischen dem Kanzler und dem Vertreter der Deutschen Volkspartei verabredet worden sei, die Große Koalition gleichzeitig im Reiche und in Preußen zu errichten und daß dem Kanzler als loyalem Mann ein Abweichen von diesen Abmachungen gar nicht möglich war.**

Tatsächlich ist unter dem Gesichtspunkten verantwortungsbewußter Politik das Vorgehen des Zentrums einfach nicht zu verstehen. Gründe gibt es natürlich die Menge. Gründe sind immer billig wie Brombeeren. Aber die innersten, eigentlich treibenden Motive lassen sich nur vermuten. In der „Vossischen Zeitung" wird berichtet, die Art, wie Parteiführer und Fraktionsvorsitzende die Verhandlungen über die Regierungsumbildung im Reiche geführt hätten, sei im Fraktionszimmer einer mit jedem Tage schärfer und bitterer werdenden Kritik ausgesetzt gewesen. Das ist schon möglich: **Das Zentrum wird zur Zeit fast noch mehr als andre Parteien von inneren Wirren zerrissen.** Man pflegt im allgemeinen von fünf Gruppen innerhalb der Zentrumspartei zu sprechen. Vielleicht ist es doch so, daß aus dieser inneren Zerklüftung die Herren Kaas und Stegerwald den Freiweg in einem äußeren Bruch gesucht haben (womit die Verantwortungslosigkeit eines solchen Tuns zwar erklärt, aber doch nicht entschuldigt wäre). Möglich wäre auch, daß, wie in der „Börsenzeitung" angedeutet wird, das Zentrum keine Lust hat, sich vor seinen Wählern mit dem Odium unglücklich verlaufener Reparationsverhandlungen und der Verantwortung für unpopuläre Steuern zu belasten und deshalb, „um die Munition auszufüllen und Zeit anzusetzen", zunächst einmal aus der Kampflinie sich zurückzieht.

Das ist, wie gesagt, möglich, von Verantwortungsbewußtsein getragen ist es nicht. Wichtiger als alle retrospektiven Betrachtungen bleibt natürlich die Frage: **Was wird? Wie lange hält dieses Minderheitskabinett mit seiner unnatürlichen Basis schon noch zusammen? Was kommt, wenn die großen Entscheidungen erst heranrücken?** Man könnte daran denken: Das Zentrum würde über kurz oder lang mehr oder weniger reuig auf die Regierungsbank zurückkehren, die es in diesen zehn Jahren republikanischen Deutschlands niemals verlassen hat. Im „Börsen-Courier" wird solche Meinung angedeutet: „Zwei so hervorragende Führer wie Dr. Kaas und Dr. Stresemann werden wissen, daß es jetzt ihre oberste Pflicht ist, so schnell wie möglich einem Zustande ein Ende zu bereiten, der auf längere Dauer unerträglich erscheint und in einem andern so hart bedrängten Lande fast undenkbar wäre."

Das ist gut und ernsthaft gedacht und wirkt doch am Ende wie ein schlechter Scherz. An diesem kümmerlichen und bekümmerten Ausgang des Suchens um die Große Koalition — sprechen wir auch hier ruhig aus was ist — **trägt nicht zuletzt der Gegensatz die Schuld, in dem sich Dr. Kaas in seiner Eigenschaft als Außenpolitiker des Zentrums zu Dr. Stresemann befindet.** Das kommt auch ganz deutlich in dem Leitaufsatz der „Germania" zum Ausdruck, in dem preisend mit viel schönen Worten die dem Zentrum nun geschenkte Freiheit der Entschließung gerühmt wird. „Das Zentrum", heißt es da, „wird in verstärkter Aktivität der Regierung nichts schenken und nichts schuldig bleiben. Wir wissen nicht, was die Regierung zu tun gedenkt und wie sie sich verhalten wird. **Wir wissen nicht, ob Herr Stresemann für dieses untaugliche Rumpfkabinett eine wunderschöne außenpolitische Formel erfindet.** Aber das wissen wir, daß wir es von nun an in der Freiheit, die wir gewonnen haben, als notwendig erachten, die Schritte dieses Kabinetts sorgsam zu überwachen, und wir sind gespannt, ob der liberal-sozialistische Block, diese ungleiche Ehe, die vor ihm liegenden Aufgaben zu lösen vermag."

Man hat natürlich allenthalben, wo man die politischen Dinge mit Ernst zu nehmen versteht, die ganz klare Erkenntnis, daß dieses Minderheitskabinett ebenso unmöglich ist wie eine Minderheitskoalition, die sich in der Hauptsache aus zwei so weit auseinanderliegenden Parteien wie Sozialdemokraten und Deutsche Volkspartei zusammensetzt. Deshalb wird man, wie wir hören, versuchen, trotz des Eklats von gestern die Scherben noch einmal zu kitten. Die volksparteiliche Fraktion tritt heute um 1 Uhr zu neuen Beratungen zusammen.

Die Erben von Weimar

Unwürdige Geburtstagsfeier — Politik der Verantwortungslosigkeit

Saul zog aus, eine Eselin zu suchen, und brachte ein Königtum heim. Die Mehrheitsparteien des Deutschen Reichstags zogen aus, das Königtum einer starken, festen und dauerhaften Koalitionsregierung zu erstreiten, die fähig wäre, Deutschland in den bevorstehenden schwierigen außenpolitischen Verhandlungen würdig und wirksam zu vertreten. Und was bringen sie heim? Ein armes, krankes, schwerbeladenes Maultier, ein Rumpfkabinett, dessen Leben jeden Augenblick erlöschen kann, das abhängig ist von jeder Laune des Zentrums, das zittern muß vor jedem Stirnrunzeln der ehrgeizigen Prälaten, die jetzt in dieser Partei den Ton angeben.

Schuld an dieser Entwicklung trägt — das muß offen und eindeutig festgestellt werden — einzig und allein die allmählich unerträglich werdende Anmaßung und Selbstherrlichkeit des Zentrums. Gerade wer parteipolitisch völlig ungebunden und unabhängig ist, wird anerkennen müssen, daß die Vertreter aller Mehrheitsparteien, mit Ausnahme des Zentrums, das Menschenmögliche getan haben, um die Große Koalition diesmal dauerhaft zu begründen, daß sie in diesem Bestreben dem Zentrum und seinen Wünschen teilweise sogar weiter entgegengekommen sind, als es sachlich eigentlich zu verantworten wäre.

Der der Sozialdemokratie angehörige Reichskanzler hat, ohne zu ermüden, mit vorbildlicher Sachlichkeit und Loyalität die Ausgleichsverhandlungen weitergeführt, auch dann noch, als die vom Zentrum aufgetürmten Schwierigkeiten schon völlig unüberwindlich schienen. Die Deutsche Volkspartei war willens, die größten Opfer zu bringen, und der demokratische Reichsjustizminister Dr. Koch hatte von vornherein erklärt, daß er bereit sei, trotz der schwierigen und im Gange befindlichen Reformarbeiten sein Amt an den vom Zentrum präsentierten Abgeordneten Dr. Bell abzutreten. Alles war vergeblich. An dem Widerstand des Zentrums scheiterten alle Versuche. Wir haben es am Vorabend der in der nächsten Woche beginnenden wichtigen Reparationsverhandlungen glücklich soweit gebracht, daß der deutsche Reichsaußenminister ein innerlich schwaches und uneinheitliches Kabinett hinter sich hat, das sich auf keinerlei feste Mehrheit stützen kann. Dem deutschen Reichsaußenminister wurde im entscheidenden Moment die feste Rückendeckung genommen, die er braucht, um die ohnehin schwache und gefährdete Position Deutschlands in den kommenden Verhandlungen wenigstens einigermaßen stärken zu können. In diesem Fall ist der Dolchstoß keine Legende. Und das Spitzenorgan der deutschen Zentrumspartei, die „Germania", bringt es heute morgen auch noch fertig, angesichts einer solchen Situation hämisch zu bemerken: „Wir wissen nicht, ob Herr Stresemann für dieses untaugliche Rumpfkabinett wiederum eine wunderschöne außenpolitische Formel finden wird." Die Stimme seines Herrn! Man erblickt hinter diesem Satz Herrn Kaas, der längst danach strebt, das Amt des Reichsaußenministers in seine Hände zu nehmen oder es an einen von ihm gelenkten Mann zu geben.

Mit welchem genießerischen Hohn stellt das Hauptorgan einer großen Partei fest: wir haben dem deutschen Außenminister die Politik, die er im wichtigsten Augenblick für das deutsche Volk zu machen hat, so schwer wie möglich gemacht! Welcher Triumph! Welche vaterländische Tat! Welches Gefühl für Verantwortung! So sehen die Politiker aus, die über das deutsche Volk das Verhängnis ihrer Macht ausbreiten wollen! Erklärlich ist das alles nur durch die Machtgier, die jedes selbstkritische Empfinden für den Portefeuilleschacher abtötet. So hat man es glücklich fertiggebracht, die deutsche Politik in der Welt verächtlich und lächerlich zu machen. Werden die Wähler den Spaß bezahlen? Werden sie die Wahrheit erfahren? — —

* * *

Was wollte man? Die Regierung der Großen Koalition, ein Kabinett, in dem die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Demokraten und die Sozialdemokraten als die Vertreter der überwiegenden Mehrheit des Deutschen Volkes gemeinschaftlich die Verantwortung für die deutschen Geschicke übernahmen. Eine Regierung, wie sie in schwerster Stunde einstmals 1923 Dr. Stresemann gebildet hatte. Parteipolitische Hemmungslosigkeit erstickte damals nach kurzer Zeit diesen ersten Versuch einer stabilen Regierung. Soll die Große Koalition jetzt im Reich Aussicht auf größere Dauer haben, so muß selbstverständlich eine gleichartige Regierung auch in Preußen, dem größten deutschen Lande, gebildet werden. Das Gegen- und Durcheinanderarbeiten zwischen preußischer und Reichsregierung muß endlich einmal ein Ende nehmen. Grundsätzlich waren alle Fraktionen, auch das Zentrum, in diesem Punkte einig. Doch leider blieb diese Einigung in den platonischen Gefilden des Grundsätzlichen stecken. Sobald man an die praktische Verwirklichung dieser schönen Grundsätze ging, schieden sich die Geister, zeigte das Zentrum eine Intransigenz ohnegleichen, nahm es Revanche dafür, daß das klerikale Schulgesetz am Widerstande Stresemanns gescheitert war.

Das Zentrum wollte zwar der nehmende Teil bei der Umbildung des Kabinetts im Reiche sein, aber nicht der gebende bei der Reform des Preußenkabinetts. Es wollte seine Position im Reiche aufs äußerste ausbauen, gleichzeitig aber vorläufig die einzigartige Machtstellung in Preußen noch nicht preisgeben. Deshalb sträubte es sich bis zum äußersten gegen das selbstverständliche Verlangen der Volkspartei, daß die Umbildung der beiden Kabinette gleichzeitig erfolgen müsse, und wollte, soweit Preußen in Frage kam, lediglich mehr oder weniger bindende Versprechungen für die Zukunft geben.

* * *

Die Volkspartei erklärte sich, um den Widerstand des Zentrums zu besänftigen, bereit, das Staatssekretariat für die besetzten Gebiete an einen Vertreter des Zentrums zu geben, und man zeigte sich sogar geneigt, um den Wünschen des Zentrums möglichst weit entgegenzukommen, das neue Ministerium für die besetzten Gebiete, das bisher von einem Staatssekretär außerordentlich gut und geschickt verwaltet worden war, unter Umständen in ein neues, groß aufgezogenes „Grenzlandministerium" zu verwandeln. Dieses Grenzlandministerium sollte dann von einem Zentrumsmann (man sprach vor allem von dem immer stärker nach einem neuen Wirkungskreise strebenden Dr. Wirth) besetzt werden.

Eine sachliche Berechtigung hätte die kostspielige Aufziehung eines solchen Ministeriums natürlich unter keinen Umständen gehabt (ganz abgesehen von der äußerst kritischen Finanzlage des Reiches, die keinerlei neue Mehrausgabe erlaubt), aber sachliche Gründe spielten in diesem Stadium der Verhandlungen bereits keinerlei Rolle mehr. Der Prälat Kaas, der, wie wir oft an dieser Stelle schon betont haben, ein ebenso unerbittlicher und ebenso machthungriger persönlicher Gegner Dr. Stresemanns ist, wie der neue Führer der Deutschnationalen Geheimrat Hugenberg, hätte mit Errichtung dieses neuen Ministeriums und seiner Uebergabe in die Hände des Zentrums seinen Fuß breit und gewichtig auf das außenpolitische Gebiet Dr. Stresemanns gesetzt. Neun Zehntel der Arbeit eines Grenzlandministeriums müßten selbstverständlich außenpolitischer Art sein oder mit außenpolitischen Dingen zusammenhängen. Damit wäre ein Dualismus in der Führung der deutschen Außenpolitik geschaffen worden, der zwar dem persönlichen Ehrgeiz gewisser Zentrumsführer außerordentlich zuträglich gewesen wäre, der Sache aber den schwersten Schaden zugefügt hätte. Das Scheitern der Verhandlungen hat diesen Plan zunächst beiseite geschoben, aber natürlich noch lange nicht erledigt.

Da das Zentrum eine Gleichzeitigkeit der Umbildung der beiden Regierungen im Reich und Preußen nicht zugestehen wollte und eine Annahme dieser Forderung in einem diktatorischen Bulletin bis gestern abend 10 Uhr verlangte, war natürlich der Kanzler am Ende seiner Bemühungen angelangt. Die Volkspartei lehnte unter Zustimmung der Demokraten und Sozialdemokraten jede Diskussion des Zentrumsultimatums ab, und dementsprechend verließ auf Befehl seiner Partei Herr v. Guérard sein Ministerium.

* * *

Auf Befehl seiner Partei! So wird heute in Deutschland Politik gemacht. Nicht der Minister entscheidet über Bleiben oder Nicht-Bleiben, sondern die Fraktion. Nicht das Kabinett regiert,